

<p align="center"><b>Landesversammlung 2006 der Jungen Union Bayern in Burghausen (6. bis 8. Oktober)</b></p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input type="checkbox"/> Angenommen  <input type="checkbox"/> Abgelehnt  <input type="checkbox"/> Nichtbefassung  <input type="checkbox"/> Überweisung an</p> <hr/> <p><input type="checkbox"/> Änderung:</p> <hr/>
<p>ANTRAG NR.</p>	
<p>ANTRAGSTELLER: <b>Kreisverband Ebersberg</b></p>	

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

- 1 Für alle allgemeinbildenden Schulen ist ein freiwilliges altersangemessenes
- 2 Ganztagsschulangebot zu realisieren.

**Begründung:**

Für viele Familien ist es eine ökonomische Notwendigkeit, dass beide Elternteile einer beruflichen Tätigkeit nachgehen. Aufgrund fehlender staatlicher Betreuungseinrichtungen geraten Familien mit Kindern zunehmend in einen Konflikt: Entscheidet sich ein Elternteil zugunsten der Betreuung der Kinder zuhause zu bleiben und auf Erwerbsarbeit zu verzichten, resultiert aus dem fehlenden Einkommen eine defizitäre **finanzielle Unterstützung** der Kinder. Umgekehrt **leidet die Betreuung und Unterstützung** der Kinder durch die Eltern, wenn die Entscheidung beider Elternteile zugunsten der Erwerbstätigkeit ausfällt. Dies stellt eine wesentliche Hürde für die **Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit** dar und führt möglicherweise tendenziell sogar zur Entscheidung gegen die Realisierung eines Kinderwunsches, was der negativen **demographischen Entwicklung** weiter zuträglich wäre. Zudem ergeben sich durch die Verlagerung der Hausaufgaben- und Nachmittagsbetreuung an die Familien **soziale Ungleichheiten**. Denn die Hausaufgabenbetreuung ist je nach Bildungsstand der Eltern vom Können der Eltern abhängig. Und: Nur ökonomisch besser gestellte Eltern können diese Aufgabe an professionelle Helfer delegieren.

Durch eine Einführung einer Nachmittagsbetreuung würde die Schule nach Auffassung der Antragsteller zu einer reinen Verwahranstalt, die zudem pädagogische Potentiale verschenken würde. Ebenso wollen die Antragsteller der weitverbreiteten Irrmeinung

entgegen, die Einführung einer Ganztagschule würde lediglich zu einer Ausweitung des bestehenden Unterrichts führen – frei nach dem Motto: statt bisher 6 Stunden Unterricht, nun 9 Stunden Unterricht. Ganztagschulen eröffnen vielmehr die Möglichkeit, ein über das in den bisherigen Schulformen realisierbares **Bildungskonzept** zu verwirklichen, das auf die gesellschaftlichen Herausforderungen besser reagieren und vorbereiten kann, um den Schülern ein selbstbestimmtes Leben in verantworteter Freiheit und solidarischer Gemeinschaftlichkeit zu ermöglichen. Ganztagschule meint keineswegs eine einfache Erhöhung der Fachstundenzahl, um einen noch umfassenderen Kanon an Bildungsinhalten zu vermitteln. Ganztagschulen schaffen vielmehr Räume für zusätzliche **Intensivierung, individuelle Förderung, Hausaufgabenbetreuung und Projektunterricht** unter Einbeziehung selbstorganisierter Lernformen. **Soziales Lernen, fächerübergreifender Unterricht und partizipative Strukturen**, - letzteres meint die Beteiligung der Schüler über das Unterrichtsgeschehen hinaus - lassen sich dann leichter umsetzen, wenn neben dem straffen 45-Minuten Unterricht auch blockweise über längere Zeiteinheiten gelernt und unterrichtet werden kann. Schule kann sich dann auch stärker der Außenwelt öffnen und die **Kooperation mit wirtschaftlichen und gesellschaftliche Akteuren**, wie z.B. gemeindlichen Einrichtungen, örtlichen Unternehmen usw. forcieren. Schule wäre dann wesentlich mehr als nur Lernort, sondern darüber hinaus auch weitestgehend **Lebensraum**, den zu gestalten die Schülerinnen und Schüler als individuelle und gemeinsame Aufgabe und Herausforderung erkennen und erlernen sollen.

*Beschlossen durch den Kreisausschuss der Jungen Union im Landkreis Ebersberg am Dienstag, den 18. Juli 2006.*

**Votum der Antragskommission:**